

Guinea: Abschiebepolizisten verprügelt Euro-afrikanische Kollaboration in der Migrationspolitik und Widerstand

Sechs französische Polizisten wurden in Guineas Hauptstadt Conakry am Flughafen verprügelt, als sie dort zwei aus Frankreich deportierte Guineer abliefern. "Wir erhielten eine Menge Schläge von den beiden Abgeschobenen, einigen Passagieren sowie von zwei Polizisten", hieß es in einem französischen Polizeibericht über den Vorfall, der sich am 16. August zugetragen haben soll. Dem Bericht zufolge hatten Passagiere, die über Misshandlungen der Abgeschobenen empört waren, per Handy ein „Empfangskomitee“ am Flughafen Conakry organisiert. Hinterher seien die Franzosen auf einer Polizeiwache beschimpft worden, und beim Sicherheitscheck zum Rückflug habe eine Beamtin ihnen gesagt: "Ihr Barbaren. Die Kolonialzeit ist vorbei." (Quelle: taz 24.8.07)

Welche Hintergründe hat dieser Vorfall? Im folgenden Artikel sollen die Zusammenhänge mit den jüngsten Entwicklungen im westafrikanischen Guinea und der EU-Migrationspolitik, insbesondere den Machenschaften französischer und deutscher Abschiebebehörden, untersucht werden.

Diplomatische Kontroversen zwischen Frankreich und Guinea

Der Vorfall selbst löste heftige Kontroversen auf Regierungsebene aus. Am 23.8. stand in einem Artikel auf guineenews.org, die guineische Regierung habe sich nicht entschuldigt, sondern nur ihr Bedauern ausgedrückt, sich aber auch beklagt, dass Frankreich als einziges Land Abschiebungen nach Guinea durchführe, ohne die dortige Regierung im voraus darüber zu informieren. Am 25.8. hieß es auf africatime.com, die guineischen Behörden würden dementieren, dass einige ihrer Polizisten an den Handgreiflichkeiten auf dem Flughafen von Conakry beteiligt waren und hätten eine Untersuchung dazu eingeleitet. Guinea wolle auch Aufklärung über die Bedingungen während des Fluges, da die abgeschobenen Guineer Spuren von Gewaltanwendung aufwiesen.

Am 28.8. traf sich Brice Hortefeux, französischer Minister für „Einwanderung, nationale Identität und Entwicklung“, mit dem guineischen Premierminister Lansana Kouyaté. Neben Erörterung von Fragen der Entwicklungspolitik habe Hortefeux von Kouyaté eine Erklärung zu der „Misshandlung“ der sechs französischen Polizisten am Flughafen Conakry gefordert. Kouyaté habe versichert, dass die guineischen Polizisten sich keinesfalls gegen ihre französischen Kollegen gewandt, sondern im Gegenteil diese in Sicherheit gebracht hätten, nachdem schockierte Passagiere den Abgeschobenen geholfen hatten, sich gegen sechs Polizisten zu wehren, die sie ohne Information der guineischen Regierung, also „heimlich“, um 4 Uhr morgens auf dem Flughafen abgeliefert hatten. Hortefeux nahm diese Erklärungen positiv auf und bedauerte seinerseits, dass Guinea nicht ordnungsgemäß informiert wurde. Künftig sollten die Rückführungen besser koordiniert werden. Kouyaté habe angekündigt, dass der guineische Außenminister demnächst zur Unterzeichnung eines Abkommens nach Frankreich reisen werde. (Quelle: <http://fr.allafrica.com/stories/200708290441.html>)

Vorangegangen waren diesen Ereignissen Auseinandersetzungen über einen seit dem 15.6.07 andauernden Hungerstreik von ca. 60 sans papiers in Lille sowie ähnliche Aktionen in Rennes und Toulouse. Auch die beiden Abgeschobenen gehörten zu diesen sans papiers. Der französische Einwanderungsminister hatte am 13.8.07 den zuständigen Konsul der guineischen Botschaft zu einem Gespräch einbestellt und ihn aufgefordert, mit Hilfe eines nach Lille geschickten Dorfältesten die guineischen sans papiers zur Beendigung ihres Hungerstreiks zu bewegen. GuineerInnen aus einer bestimmten Region seien die Rädelführer von Aktionen gegen die Regierung von Sarkozy. Wenn dies nicht beendet werde, gebe es keine Visa und keine Legalisierungen mehr für GuineerInnen. (Quelle: <http://collectif28sansp.canalblog.com/archives/2007/08/23/5976274.html>) Am 30.8. wurde nach Aushandlung eines Kompromisses der Abbruch des Hungerstreiks in Lille gemeldet

Entwicklungen in Guinea

Die aktuellen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit der Geschichte Guineas und den politischen Entwicklungen seit Jahresbeginn gesehen werden. Guinea wurde 1958 als erstes westafrikanisches Land von Frankreich unabhängig und wandte sich

unter Präsident Sekou Touré scharf von der ehemaligen Kolonialmacht ab und dem „sozialistischen Lager“ zu.

Nach Sekou Tourés Tod 1984 gelangte durch einen Militärputsch Lansana Conté an die Macht, der sich in fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen ließ. Unter seiner Herrschaft öffnete sich Guinea dem Westen und entwickelte sich trotz (oder gerade wegen?) seines Rohstoffreichtums (u.a. Bauxit) zu einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand zum einen in zunehmender Auswanderung, zum anderen in einer traditionell starken und inzwischen auch politisch oppositionellen Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck.

Am 10. Januar 2007 wurde in Guinea ein Generalstreik ausgerufen, der im ganzen Land zu einer Bewegung anwuchs, der es nicht nur um ökonomische Forderungen (z.B. Preissenkungen für Grundnahrungsmittel), sondern auch um den Rücktritt des Präsidenten und Bildung einer neuen Regierung ging. Präsident Conté antwortete am 9. Februar mit der Verhängung des Kriegsrechts, und auf Demonstrationen und bei willkürlichen Hausdurchsuchungen wurden ca. 150 Menschen getötet und Tausende verletzt. Durch Vermittlung der ECOWAS wurde Ende Februar ein neuer Premierminister, Lansana Kouyaté, ernannt, der auf einer von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Liste stand. Er versprach eine Neubesetzung der Funktionärskader, Preissenkungen und eine Verbesserung der Wasser- und Stromversorgung. Präsident Lansana Conté blieb jedoch im Amt, gestützt vor allem auf Teile des Militärs.

Weltbank, EU-Kommission und andere Geldgeber sagten 90 Millionen Dollar zu für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und Armutsbekämpfung, und der IWF sprach von sichtbaren Fortschritten seit Kouyatés Regierungsübernahme (IRIN 26.7.07). Anfang Juli zog die außerparlamentarische Opposition jedoch eine vernichtende Bilanz der neuen Regierung. Zusagen wurden nicht erfüllt, und die Gewerkschaften schließen für den Herbst weitere Streiks nicht aus. Dabei geht es auch um Korruption und Besetzung von Posten in der Verwaltung.

Dubiose Delegationen und korrupte Beamte als Abschiebehelfer

Ein Beispiel für Korruption und Kollaboration guineischer Staatsbediensteter mit europäischen Abschiebebehörden sind die Besuche dubioser Delegationen aus Guinea, die seit 2005 mehrfach in Deutschland (Hamburg, Dortmund, Braunschweig), der Schweiz, Frankreich, auf den Kanarischen Inseln und wahrscheinlich auch in weiteren EU-Ländern stattfanden und meist von Protesten begleitet waren. Zweck der Reise von jeweils vier hohen BeamtInnen des guineischen Innen- und Außenministeriums: „Identifizierung“ afrikanischer Flüchtlinge als guineische Staatsangehörige und Ausstellung von Papieren für die Abschiebung. Eigentlich ist dies ja Aufgabe der Botschaft, aber da die diplomatischen Vertretungen Guineas nicht genug „Kooperationsbereitschaft“ zeigten, sprich: nicht jedem afrikanischen Flüchtling, den europäische Behörden zum Guineer erklärten, entsprechende Papiere ausstellten, wurden für einiges an Geld (neben Reisekosten gab es pro Person Tagegelder von 100 Euro und „Gebühren“ pro Reisepapier in unbekannter Höhe) willige Staatsbedienstete aus Guinea eingeflogen und Hunderte von AfrikanerInnen zu „Interviews“ in die Ausländerbehörden vorgeladen.

Pikanterweise stellte sich beim dritten Besuch der Delegation in Deutschland heraus, dass ihr Leiter, Herr N'Faly Keita, leitender Beamter der Visaabteilung im guineischen Außenministerium, sich auch als so genannter „Schleuser“ betätigt und ausreisewilligen GuineerInnen für horrenden Beträge Visa und Flugtickets nach Europa besorgt hatte. Nach Zeugenaussagen betroffener Flüchtlinge ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund seit gut einem Jahr in dieser Angelegenheit. Herr Keita war beim jüngsten Delegationsbesuch in Braunschweig nicht mehr dabei. Meldungen aus Guinea zufolge soll er inzwischen seinen Posten in der Visaabteilung verloren haben.

Neuer Delegationsleiter war im Juli 2007 Ousmane Diao Balde, Keitas (ehemaliger) Vorgesetzter. Er soll auch mit dem Bundesinnenministerium über ein Rückübernahmeabkommen verhandeln, tauchte allerdings entgegen den Ankündigungen nicht in Deutschland auf.

Aufgrund von Protesten betroffener GuineerInnen und einer Oppositionspartei erklärte das guineische Außenministerium in einem Communiqué vom 1.8.07 (einen Tag vor der Beendigung der Anhörungen in Braunschweig) den Stopp jeder Mission zur Identifizierung und Abschiebung. Vorher müsse ein Abkommen abgeschlossen werden, das die Sorgen Guineas berücksichtige. Ob das nun heißt, dass die bereits ausgestellten Abschiebepapiere keine Gültigkeit haben, ist fraglich.

In der Schweiz hat sich die dubiose Delegation im November 2006 betätigt. Außerdem sollen die für die Schweiz zuständigen Mitarbeiter der guineischen Botschaft in Paris mit Hilfe von Herrn Keita bestimmten Schweizer Kantonen Blankopapiere zur Abschiebung guineischer Flüchtlinge verkauft haben (nach guineenews.org vom 25.7.07). Als Folge dieser Dienstleistungen verlässt monatlich ein Abschiebecharter mit fünf bis sieben angeblichen GuineerInnen die Schweiz Richtung Conakry. Die Zahl der aus der Schweiz abgeschobenen GuineerInnen hat sich gegenüber 2004 auf 53 vervierfacht, zehnmal so viele sind untergetaucht (Quelle: antidot, Dezember 2006).

Nicht verwunderlich ist, dass einige der Abschiebeflieger Zwischenlandung auf den Kanarischen Inseln machen, und auch von dort wurde von Besuchen einer Delegation aus Guinea berichtet.

Auch in Afrika selbst hat die guineische Regierung ihre Dienste als Abschiebehelfer angeboten: Anfang Februar 2007 gab es z.B. Streit um die Aufnahme von ca. 400 Flüchtlingen von einem auf dem Weg zu den Kanaren in Seenot geratenen Frachter namens „Marine I“. Nach etlichem Hin und Her wurde er nach Mauretania geschleppt – unter der Bedingung, dass die Flüchtlinge von dort mit spanischer Finanzhilfe sofort abgeschoben werden. Nach der Weigerung anderer Länder akzeptierte der guineische Präsident, der gerade dringend Geld brauchte, um eine Meuterei des Militärs abzuwenden, die afrikanischen Flüchtlinge und steckte sie in Guinea in ein Lager. Auch Ende März ließ er ein von Frontex-Booten gestopptes Schiff mit 350 asiatischen Flüchtlingen in den Hafen von Conakry schicken, da es angeblich von dort ausgelaufen sei. EU-Justizkommissar Frattini sprach in einem Interview der FAZ vom 29.3.07 der guineischen Regierung für ihre Abschiebehilfe ein großes Lob aus: „Guinea hat dabei bisher einen positiven Geist der Kooperation gezeigt.“

Migration als umkämpftes Terrain

All diese Vorfälle zeigen, dass Migration ein Bereich ist, in dem widersprüchliche Interessen eine Rolle spielen: Zuerst natürlich das berechtigte Interesse der Flüchtlinge und MigrantInnen, selbst entscheiden zu können, wohin sie gehen, um in Sicherheit leben und Geld nach Hause schicken zu können. Interesse an den Rücküberweisungen (die inzwischen weltweit offiziell fast das Dreifache der „Entwicklungshilfe“ ausmachen) haben jedoch nicht nur die Familien der MigrantInnen, sondern ebenfalls die Regierungen der Herkunftsländer, denn sonst müssten sie sehr viel mehr soziale Unruhen fürchten - oder Ernährung, Schulbesuch, Gesundheitsversorgung etc. der Mehrheit ihrer Bevölkerung auf andere Weise finanzieren. Nicht zuletzt haben auch korrupte Staatsbedienstete ein Interesse an Migration, vom Leiter der Visaabteilung bis zum Polizisten am Flughafen, der für entsprechendes Geld Ausreisewillige passieren lässt. Dem stehen die Interessen von Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern an Geldern entgegen, die europäische Regierungen für Rückübernahmeabkommen und entsprechende Dienstleistungen bei Abschiebungen zahlen. In den EU-Ländern gibt es nicht nur das Interesse der Regierungen, sich unerwünschter Flüchtlinge zu entledigen, sondern auch das bestimmter Wirtschaftszweige an rechtlosen und damit optimal ausbeutbaren Arbeitskräften. Welche Interessen sich jeweils durchsetzen, hängt nicht zuletzt von politischen Kämpfen ab – z.B. von Opposition und Gewerkschaften im Herkunftsland, aber auch von Flüchtlingen, MigrantInnen und ihren UnterstützerInnen in den Zielländern der Migration. Und hier bleibt noch einiges zu tun.

Conni Gunßer